

7. Bericht der Koordinationsgruppe Informationsgesellschaft (KIG) an den Bundesrat

Zusammenfassung

September 2005

Redaktion Koordinationsstelle Informationsgesellschaft, BAKOM

Bericht online unter: www.bakom.ch - www.infosociety.ch

Adresse: Bundesamt für Kommunikation
Koordinationsstelle Informationsgesellschaft
Zukunftstrasse 44
2501 Biel

Tel. 032 – 327 57 27
Fax. 032 – 327 55 28
eMail: infosociety@bakom.admin.ch

Das Wichtigste in Kürze

Der vorliegende 7. Bericht der Koordinationsgruppe Informationsgesellschaft an den Bundesrat (KIG-Bericht) fasst den Stand der Umsetzungsarbeiten zur bundesrätlichen Strategie zusammen. Überdies positioniert er die Schweiz im europäischen und internationalen Vergleich. Im Sinne eines Längsschnitts wird im Bericht Bilanz über die Arbeiten der vergangenen sieben Jahre gezogen, also seit Verabschiedung der bundesrätlichen Strategie von 1998.

Im laufenden Berichtsjahr wurde die bundesrätliche Strategie für eine Informationsgesellschaft Schweiz überarbeitet und aktualisiert. Dies geschah vor dem Hintergrund der Erfahrungen bei der bisherigen Umsetzung sowie aufgrund des Standes der Informationsgesellschaft Schweiz. Das Ziel der Strategie 2005 ist gleich geblieben wie jenes von 1998: Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sollen rasch, koordiniert und zum Nutzen aller eingesetzt werden.

Revision der Strategie

Die Revision der Strategie erfolgte unter Einbezug von bundesinternen wie -externen Fachpersonen. Sie erarbeiteten zu Handen des interdepartementalen Ausschusses Informationsgesellschaft (IDA IG) Vorschläge für inhaltliche Anpassungen und Ergänzungen. In den Grundsätzen finden sich neu Bestimmungen zum Vertrauen in IKT, zum Föderalismus, zur Zusammenarbeit sowie zum Thema Internationales. Die Massnahmen wurden neu strukturiert und umbenannt. Der Bereich Gesundheit und Gesundheitswesen wurde als einziger gänzlich neu eingefügt.

Anpassungen bei Grundsätzen und Massnahmen

Die Arbeiten des Bundes zur Informationsgesellschaft werden weiterhin koordiniert. Neu wird dies wohl themenspezifischer geschehen.

Neue Koordination

Die Schweiz verfügt über eine gute IKT-Grundausstattung in Verwaltung, Unternehmen und Bevölkerung. Auch die Internetnutzung ist in der Schweiz mit 67 Prozent beachtlich hoch. Allerdings bestehen diesbezüglich nach wie vor deutliche Unterschiede nach Bildung, Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Infogesellschaft Schweiz: gute Grundausstattung

Unterdessen verfügen 3700 von 5000 Schulen über einen Breitbandinternetanschluss. Der Virtuelle Campus zur Förderung des eLearnings an Hochschulen sowie der Bildungsserver sind unterdessen etabliert. Aufgrund der Sparmassnahmen des Parlaments bzw. des Bundes ist es fraglich, ob die ursprünglich formulierten Ziele im Bildungsbereich erreicht werden können. Der Bund beschränkt sein Engagement beim Projekt *PPP SiN – Schulen ans Netz* auf ein Minimum, und die weitere Finanzierung des Bildungsservers ist aus Bundessicht in Frage gestellt.

Bildung

Im laufenden Berichtsjahr wurden die Umsetzungsarbeiten zur *eGovernment-Strategie* fortgesetzt. Trotzdem – und obwohl *eVanti.ch* als Koordinationsgremium aller eGovernment-Akteure sowie die Standardisierungsorganisation *eCH.ch* besteht –, platziert sich die Schweiz im europäischen eGovernment-Benchmark auf den hintersten Plätzen. Hier besteht in mehrfacher Hinsicht Handlungsbedarf.

*eGovernment und
eDemokratie*

Das Informationsportal *ch.ch* wurde in den ordentlichen Betrieb übergeführt. 23 der 26 Kantone haben die entsprechende Vereinbarung, welche für die Jahre 2005 bis 2006 gilt, unterzeichnet. Hierbei stockt allerdings die Zusammenarbeit mit manchen Kantonen. Am 26. September und am 28. November 2004 wurden im Kanton Genf erfolgreiche Pilotversuche des *Vote électronique* bei eidgenössischen Abstimmungen durchgeführt. Im Kanton Zürich erfolgte ein ebenfalls erfolgreicher Test bei den Studentenratswahlen der Universität mit Stimmabgabe via Handy und Internet.

Das Bundesgesetz zur elektronischen Signatur ist seit Anfang 2005 in Kraft. In der zweiten Hälfte 2005 wird dem Bundesrat die Botschaft zum Konsumentenschutz im elektronischen Geschäftsverkehr unterbreitet. Die Gesetzesrevisionen zum Fernmeldegesetz (Liberalisierung der letzten Meile, Konsumentenschutz, Schutz vor Spamming, Schutz persönlicher Daten etc.) sowie zum Radio- und Fernsehgesetz befinden sich in parlamentarischer Beratung und werden wohl 2006 in Kraft treten. Der Streitbeilegungsdienst im Bereich der Domain-Namen ist seit März 2004 aktiv. Noch ausstehend ist beispielsweise der Entscheid des Bundesrates zur Netzwerkkriminalität.

*Gesetzesrevisionen und
-projekte*

Die Melde- und Analysestelle Informationssicherheit (Melani) für Störungen im Bereich Informations- und Kommunikationsinfrastruktur ist seit Oktober 2004 operativ, der Sonderstab Informationssicherung (Sonia) funktioniert. Handlungsbedarf besteht noch bei der langfristigen Archivierung digitaler Daten und beim Umgang mit dem Grundangebot an staatlichen Informationsangeboten.

*Sicherheit und
Verfügbarkeit von
Informationen*

Das Projekt *Referenzieren – Digitalisieren* wurde aufgrund seines erheblichen Finanzbedarfs vom EDI zurückgestellt. Ein Pilotprojekt mit Blick auf eine nationale Memopolitik wird beim BAK durchgeführt. Derzeit werden nur die wichtigsten Sammlungsbestände elektronisch zugänglich gemacht. Das BAK hat Fördermassnahmen zur Medienkunst eingeleitet, namentlich wurden Projekte zum *Centre Virtuel* unterstützt.

Kultur